

---

## **Stellungnahme des Vorstands vom 29. Juni 2010 Zu den geplanten Kürzungen des Landes in der Jugendarbeit**

---

### **Jugendarbeit braucht öffentliche Förderung Landesregierung setzt mit den Kürzungen in der Jugendverbandsarbeit falsche Signale**

Seit der letzten einschneidenden Kürzung der Jugendarbeit im Jahr 2003 betrug der Haushaltsansatz in der Maßnahmegruppe 03 „Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz“ rund 3,3 Millionen Euro. Schon dieser Betrag war sehr knapp bemessen, weil die Jugendverbände alle Kostensteigerungen seitdem allein tragen mussten. Die jetzt vorgesehenen Kürzungen um 483.500 Euro im Jahr 2011 und weitere 834.500 Euro im Jahr 2012 treffen die Verbände aus der Jugendarbeit massiv.

Die Landeskürzungen in der Jugendarbeit bringen die Jugendverbände in große finanzielle Schwierigkeiten auf allen Ebenen. Nicht nur, dass die Verbände Aktivitäten im dreifachen Wert der Kürzungen einstellen müssen, denn durch Eigenmittel, TeilnehmerInnenbeiträge und zusätzliche Förderungen löst jeder Euro Förderung auf Landesebene mindestens die dreifachen Ausgaben für Aktivitäten aus, gleichzeitig geht das Land als schlechtes Beispiel für die Kreise und Kommunen voran, auch Kürzungen in der Jugendarbeit vorzunehmen. Doppelt betroffen sind immer die Kinder und Jugendlichen, sie müssen die Schulden abbezahlen und sie sind die Notleidenden der Kürzungen: Gespart wird wieder an der Prävention und im Reparaturbetrieb Jugendhilfe laufen die Kosten ungebremst weiter. Ein Heimplatz für einen Jugendlichen in der Erziehungshilfe kostet jährlich zwischen 35.000 und 40.000 Euro, soviel wie mancher mittelgroße Jugendverband an Landesförderung erhält.

Allein die Kürzung bei den Jugendverbänden in beiden Jahren soll 294.000 Euro betragen. Diese Höhe der Kürzungen ist allein über Einsparungen bei den Aktivitäten nicht aufzubringen. Das heißt, es müssten auch Einschnitte bei der institutionellen und bei der Bildungsreferentenförderung vorgenommen werden. Zuwächse gab es in den letzten Jahren nur in der Haushaltsposition „Förderung des Ehrenamtlichen Engagements“, also für den Verdienstausfall Ehrenamtlicher, die sich z.B. für Ferienfreizeiten und andere Aktivitäten des Jugendverbands freistellen ließen. Die Freistellung setzt den Besitz einer JugendleiterInnen Card voraus. Alle anderen Haushaltstitel sind in den vergangenen 8 Jahren kaum verändert beziehungsweise leicht gekürzt worden.

Wenn jetzt aber massive Eingriffe bei den Jugendverbänden um 23,4 % und beim Landesjugendring um 29,7 % geplant sind, dann könnten die Landesverbände ihre Aufgabe

- als Qualitätssicherer in ihren Untergliederungen auf Orts- und auf Kreisebene nur noch mit Einschränkungen wahrnehmen
- müssten verbandsinterne Fortbildungen deutlich verteuern
- hätten weniger Mittel zur Verfügung um Eigenmittel für anderweitige Finanzierungen z.B. durch Stiftungen oder EU-Förderprogramme mitzufinanzieren
- durch weniger Aktivitäten, weniger oder teurere Fortbildungen würde die Mitarbeit in den Verbandsstrukturen unattraktiver für viele Ehrenamtliche

Jeder Betrieb würde sich in einer vergleichbaren Situation auf seine Kernkompetenzen konzentrieren. Für die Jugendverbände könnte das heißen, sie machen nur noch ihre absoluten Muss-Angebote für die Mitglieder. Das hieße aber z.B.

- keine Angebote im Rahmen der Ganztagsangebote an Schulen mehr
- keine oder deutlich weniger Aktivitäten für Nichtmitglieder z.B. im Rahmen von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche
- oder weniger Angebote im Bereich der Inklusion und Integration

Diese Reihe ließe sich noch fortsetzen, aber deutlich wird jetzt schon: Was für einen Betrieb ein Überlebensmodell ist, ist noch lange nicht geeignet, eine positive Entwicklung für einen Jugendverband zu begründen. Im Gegenteil, es macht seine Angebote ärmer, verengt sie und nimmt dem natürlichen sozialen Leben im Verband Leben und Raum. Für „seine“ Ehrenamtlichen würde der Verband deutlich unattraktiver, er würde viele von ihnen verlieren und neue, junge Ehrenamtliche gar nicht erst gewinnen, weil er an Vitalität verlieren würde und weniger Identifikations- und Integrationsmöglichkeiten bieten würde. Kurz: seine auf ehrenamtliches Engagement gegründete Existenz wäre stark in Frage gestellt.

Deshalb fordert der Landesjugendring die Landesregierung auf, keine Kürzungen der Jugendarbeit zu Lasten der institutionellen und personellen Absicherung der Jugendverbände vorzunehmen und für ausreichend Fördermittel für Verbandsaktivitäten zu sorgen. Denn nur durch Ehrenamtliche, also ohne hauptamtliche Begleitung und Beratung, lässt sich das dringend benötigte ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit nicht aufrechterhalten, geschweige denn ausbauen.

Wer aber auf das Ehrenamt verzichtet, der

- verzichtet auf die vielfältigen positiven Wirkungen der außerschulischen Jugendbildung auch für die berufliche Tätigkeit
- kann über die seit Jahrzehnten funktionierenden Strukturen der Jugendverbände keine präventive Jugendarbeit mehr mitgestalten
- blockiert die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Jugendverbänden, denn in keiner gesellschaftlichen Struktur sind so viele junge Menschen in demokratische Möglichkeiten der Teilhabe eingebunden wie in der Jugendverbandsarbeit
- zerstört Strukturen des gesellschaftlichen Miteinanders und der Solidarität und
- gefährdet damit den Zusammenhalt der Gesellschaft als wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise unserer Gesellschaft.

Die Kürzungen im Landesjugendring sollen 2011 35.000,-- € und 2012 109.000,-- € betragen. Solche Kürzungen sind ohne personelle Einschnitte nicht umsetzbar. Dabei sind es gerade die Aktivitäten in der Interessenvertretung, in der Aus- und Fortbildung, der Erstellung von Arbeitshilfen für die Ausbildung Ehrenamtlicher, die Projekte im Rahmen der Ostseejugendarbeit, der Jugendserver und seine Initiativen im Jugendtourismus, die die Jugendarbeit im Land in den vergangenen Jahren deutlich vorangebracht haben. Der Landesjugendring hat z. B. in seinen Wahlaktionen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, Jugendinteressen in einer alternden Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

Eine Kürzung beim Landesjugendring im vorgesehenen Umfang würde mit entscheidenden Einschränkungen seiner Angebote einhergehen. In Frage gestellt würden:

- der Betrieb der Jugendbildungsstätte Haus Rothfos, da der Wegfall des Landeszuschusses von 35.000,-- € jährlich nur über eine Belegungssteigerung um rund 40 % auszugleichen wäre
- die Aufrechterhaltung der internationalen Jugendarbeit, insbesondere in der Ostseeregion im bisherigen Umfang, weil auch in diesem Bereich personelle Einschnitte ab 2012 erfolgen müssten
- der Jugendserver, weil dieses Projekt nicht mehr finanzierbar wäre
- die bisher für das Land übernommene Koordinierung der Fortbildung und des Erfahrungsaustausches für Bildungsreferenten
- die Erarbeitung von Arbeitshilfen für die Juleica-Ausbildung Ehrenamtlicher
- Außerdem würde eine Fortsetzung des erfolgreichen Projekts Jugendtourismus gefährdet, weil die Finanzausstattung des Landesjugendrings nicht einmal mehr für die Co-Finanzierung einer anderen Förderung ausreichen würde.

Um eine Gefährdung der erfolgreichen, vor allem ehrenamtlich getragenen Jugendarbeit im Land zu vermeiden, fordern die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings die Landesregierung dazu auf, die geplanten Kürzungen in der Jugendarbeit zurückzunehmen und mit dem Landesjugendring und den Landtagsfraktionen nach Lösungen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Jugendverbandsarbeit im Land zu suchen.

Redaktion:  
Jens Peter Jensen  
29. Juni 2010